**60plus NRW Für ein solidarisches Generationenprojekt.**

Der Weg zu einer Erwerbstätigenversicherung mit Mindestrente

Ein gesetzliches oder staatlich gefördertes Alterssicherungssystem, das den Anforderungen an einen modernen Sozialstaat und der Balance im Verhältnis der Generationen genügen soll, muss in erster Linie zwei Ziele verfolgen:

***(1) Lebensstandardsicherung und***

***(2) Armutsfestigkeit.***

Diese beiden Ziele gelten für jedes Alterssicherungssystem. Sie sind Maßstab für Umlage- oder Kapitaldeckungsverfahren, ob die Mitgliedschaft obligatorisch oder freiwillig ist, ob das System für alle Bürgerinnen und Bürger oder alle Erwerbstätigen gilt oder berufsständisch orientiert ist, oder, ob es aus einem einheitlichen gesetzlichen System oder aus mehreren „Säulen“ besteht.

Es ist jedoch festzustellen, dass das deutsche Alterssicherungssystem, das „Drei Säulen –Modell“ – die solidarisch- und umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung, ergänzt um die betriebliche und private kapitalgedeckte Altersvorsorge, in Zukunft beide Ziele, sowohl die Lebensstandardsicherung, als auch die strukturelle Armutsfestigkeit, deutlich verfehlen wird. Dies ist zwar im derzeitigen Rentenbestand bereits spürbar, wird sich aber in den kommenden Jahrzehnten verstärken.

• ***Zum einen*** haben erhebliche Veränderungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Arbeitswelt,

wie die Wandlung der Familienmuster, Erosion des Normalarbeitsverhältnisses, Entstehen

und Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse, Arbeitslosigkeit und wachsende

soziale Ungleichheit, dazu geführt, dass viele Versicherte weder die persönlichen

Voraussetzungen für eine Rente deutlich oberhalb des Grundsicherungsniveaus erfüllen,

noch annähernd eine Sicherung ihres Lebensstandards erreichen können. Auch die

besonderen Erwerbsbiographien von Frauen müssen bei einer Neukonzeption der

Rentenpolitik besonders berücksichtigt werden.

• ***Zum anderen*** hat der Gesetzgeber mit den Rentenreformen des letzten Jahrzehnts die Ziele der Lebensstandardsicherung und der strukturellen Armutsfestigkeit für die gesetzliche

Rentenversicherung ausdrücklich zugunsten der Beitragsstabilität aufgegeben. Es wurde

beschlossen, das Rentenniveau längerfristig deutlich abzusenken. Die so aufgerissene

Lücke sollte durch die ergänzende private kapitalgedeckte Zusatzvorsorge geschlossen

werden. Dieser Anspruch kann aber von vielen Erwerbstätigen nicht eingelöst werden.

Die staatliche Förderung der privaten Altersvorsorge führt vielmehr dazu, dass genau die

Haushalte gefördert werden, die ohnehin schon eine höhere Sparquote haben.

Aus diesen Gründen ist es falsch, die Begrenzung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung zum alleinigen Kriterium der Renten- und Alterssicherungspolitik zu machen. Weder ein hoher noch ein niedriger Beitragssatz können allein ein sinnvolles sozialpolitisches Ziel sein. Vielmehr ist die Höhe des Beitragssatzes das Ergebnis einer gesellschaftlichen und politischen Abwägung, in die sowohl die angestrebten Sicherungsziele als auch die verfügbaren finanziellen Ressourcen sowie die Dringlichkeit konkurrierender politischer Ziele mit einbezogen werden müssen.

Juso NRW Magazin 02/2011

**Generation gerecht**

*Debatten über demografischen Wandel und Generationengerechtigkeit begleiten uns seit Jahren in Politik und Medien. Keine Haushaltsdebatte vergeht mehr, ohne einen Sparappell zugunsten nachfolgender Generationen zu formulieren. Zugleich wird der demografische Wandel als große Gefahr für unsere Gesellschaft gebrandmarkt. Doch der Verteilungskampf ist nicht zwischen den Generationen zu verorten. Gerechtigkeit bedeutet, in erster Linie zwischen arm und reich zu verteilen. Es geht also zuerst um die Einkommens und Vermögensverteilung – unabhängig vom Alter.*

Häufig wird ein „Krieg der Generationen“ propagiert, in dem sich die Fronten bereits formieren. Äußerungen von Seiten der Jungen Union und der Julis über ein „Zweiklassen-Wahlrecht“ für RentnerInnen und gegen Hüft-OPs für über 80-Jährige, machen dies deutlich. Wirtschaftsprofessor Hans-Werner Sinn prophezeite unlängst: „Unlösbare Verteilungskämpfe zwischen Alten und Jungen drohen das politische System der Bundesrepublik Deutschland zu erschüttern.“

Statt das zentrale Problem der Einkommens- und Vermögensverteilung zu thematisieren, will man durch die geführten Debatten und die daraus abgeleiteten Horrorszenarien, die Gesellschaft für einen widerstandslosen Umbau des Sozialstaates gewinnen.

Wie der Politikwissenschaftler Frank Nullmeier herausfand, ist der demografische Wandel zu einem der Hauptargumente geworden, auf das man sich beruft, wenn man die sozialen Sicherungssysteme demontieren will. „Die Bundesrepublik

befindet ich aus demografischer Sicht immer noch auf der günstigen Seite“, hebt der Bevölkerungssoziologe Franz-Xaver Kaufmann hervor. Tatsächlich haben die heutigen Finanzlücken der Sozialversicherungen ihre Ursachen ganz woanders, nämlich in der Steuer- und FiEs ist nicht zu bestreiten, dass es eine demografische Verschiebung gibt! Nur ist das eine so große Katastrophe, wie uns Politik und Medien prophezeien? Der Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg behauptet, die Folgen des demografischen Wandels seien „schlimmer als der dreißigjährige Krieg“. Bei solchen Worten kann unsere Generation ja richtig Angst bekommen! Schauen wir mal genauer hin: Die Bevölkerungsstruktur einer Gesellschaft setzt sich aus vielen Faktoren zusammen. Sie wird u. a von der Geburtenrate, der Lebenserwartung

und den Aus- und Einwanderungsbewegungen bestimmt. Diese drei Größen

sind nicht statisch, sondern unterliegen gesellschaftlichen, medizinischen und politischen Einflüssen und Wechselwirkungen und sind daher schwer zu prognostizieren. Alle Modellrechnungen beruhen auf Annahmen und können nur

einen Trend widerspiegeln. So unterstellte das Statistische Bundesamt 2006 in seinem mittleren Szenario der Bevölkerungsvorausberechnung, dass die Bevölkerung in Deutschland von heute etwa 82 Millionen auf 69 bis 74 Millionen Menschen bis 2050 schrumpft. Zur Mitte des Jahrhunderts werden damit ebenso viele EinwohnerInnen prognostiziert, wie 1950 in Deutschland lebten. Die Zahlen sind also weitaus weniger dramatisch, als uns aufgetischt wird. Verschweigen

darf man allerdings auch nicht, dass die Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 65 Jahren) von heute 55,3 Millionen auf 44,0 Millionen im Jahr 2050 abnimmt. Gleichzeitig steigt die Zahl der Menschen über 65 Jahre im gleichen Zeitraum von 15,8 Millionen auf prognostizierte 22,2 Millionen. Nun könnte man einfach schlussfolgern: Unsere Sozialsysteme halten das nicht aus. Ein sehr ichtiger Aspekt wird dabei jedoch verschwiegen, nämlich der Produktivitätsfortschritt

unseres Landes. Weniger ArbeiterInnen können dank höherer Produktivität mehr Wohlstand erzeugen. In Westdeutschland ist seit 1960 das gesamte Arbeitsvolumen

um ein Fünftel geschrumpft, während sich gleichzeitig das Bruttoinlandsprodukt

verdreifachte. Mit weniger Arbeit kann also die gleiche Wirtschaftsleistung erbracht werden. Bei dem von der Rürup-Kommission und dem Prognos-Institut

unterstellten Produktivitätsfortschritt von jährlich 1,8 Prozent und in der Annahme, dass auch in Zukunft nur rund 70 Prozent der 15-65-Jährigen arbeiten, würde das BIP pro Kopf auf 53.100 Euro im Jahr 2050 steigen. Unterstellt man einen Abbau der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2030 und einen mittleren Produktivitätsfortschritt von 1,5 Prozent pro Jahr, erhöht sich das BIP pro Kopf bis zum Jahr 2050 sogar auf 55.700 Euro (Quelle: ver.di). Selbst unter Annahme eines pessimistischen Szenarios mit weiterhin hoher Arbeitslosigkeit und niedrigem Produktivitätsfortschritt, gibt es in Zukunft nicht weniger, sondern mehr zu verteilen. Mit der Wirtschaftskraft und der Produktivität können auch die Einkommen steigen. Das entscheidende Problem ist

also nicht, dass unsere Gesellschaft altert, sondern die gerechte Verteilung des erwirtschafteten Sozialprodukts.

Der demografische Wandel begründet keine Einschnitte in die Sozialsysteme. Neben dem Produktivitätsfortschritt kann auch eine höhere Beschäftigung zur Entlastung

der Sozialsysteme beitragen. Es sind momentan nur ca. zwei Drittel der erwerbsfähigen Bevölkerung auch wirklich erwerbstätig. Dies resultiert aus der immer noch sehr niedrigen Frauenerwerbsquote und der hohen Arbeitslosigkeit. Diese Beschäftigungsreserve gilt es zu mobilisieren. Der demografische Wandel ist also keine Katastrophe, die zwangsläufig über uns hereinbricht! Die Demografie birgt sogar Chancen. Wenn Frauen und ZuwandererInnen stärker in den Arbeitsmarkt integriert werden, junge Leute schneller ins Berufsleben einsteigen und die wirtschaftliche Produktivität angetrieben wird, wird die demografische Lücke der sozialen Sicherungssysteme gefüllt.

Der demografische Wandel kann sogar förderlich für Forschung und Bildung und für eine offene Zuwanderungspolitik sein. In den letzten Jahren wurde das Argument der Generationengerechtigkeit dazu genutzt, den Abbau der Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden zur ersten Priorität zu machen. In der Tat ist die Summe von 2 Billionen Euro Staatsverschuldung gigantisch. Allein die Zinsen verzehren

jährlich 40 Milliarden Euro. Aber dabei wird die Einnahmeseite konsequent ausgeblendet. Bund, Länder und Gemeinden sind chronisch unterfinanziert. Dazu beigetragen haben die vielen Steuersenkungsrunden der vergangenen 15 Jahre, die

sich bis heute auf eine Mindereinnahme des Staates von über 500 Milliarden Euro summieren. Der öffentlichen Verarmung steht ein wachsendes privates Vermögen in den Händen eines Zehntels der Bevölkerung entgegen. Der private Reichtum muss endlich wieder zur Finanzierung der Staatsaufgaben herangezogen werden, z.B. durch die Einführung einer Vermögensteuer und Finanztransaktionssteuer, einer ertragreicheren Erbschafts- und Körperschaftssteuer sowie die Anhebung des

Spitzensteuersatzes und der stärkeren Verfolgung von Steuerhinterziehungen.

Anschließend muss der Staat das vorhandene Geld gerecht verteilen. Denn die Verteilungsfrage, also die gerechte Beteiligung aller am Volksvermögen, muss in den Fokus gerückt werden. Die Spaltung verläuft zwischen arm und reich, nicht zwischen jung und alt.

Von daher ist die Konsolidierungspolitik kein Gebot der Generationengerechtigkeit. Das Konsolidierungsargument wurde und wird vor allem für die Rechtfertigung von Einsparungen im Bildungs- und Sozialsektor genutzt. Denn unter Sparzwang wird bevorzugt dort gekürzt, wo am wenigsten Widerstand zu erwarten ist – also vor allem bei den sozialen Transferleistungen und den Investitionen in soziale Sicherung,

Bildung und Infrastruktur.

Ein schwacher Staat ohne politische Gestaltungsmöglichkeiten, ein desolates

Bildungswesen und um sich greifende Armut, ist für kommende Generationen ein schwereres Erbe! Der Gegenwert, der mit den Krediten bezahlten öffentlichen

Infrastruktur, wie z. B. Universitäten, Schulen, Bibliotheken, Kanalisationen, Jugendtreffs, Krankenhäuser, Straßen usw., darf nicht unterschlagen werden. Durch die Infrastruktur wird zudem die Grundlage für Wachstum gelegt und von diesem Wohlstandszuwachs profitieren vor allem die zukünftigen Generationen.

Es ist also nicht so, dass jede Kreditaufnahme die Generationengerechtigkeit verletzt. Im Gegenteil, für die Finanzierung staatlicher Investitionen, ist die staatliche

Schuldenaufnahme durchaus generationengerecht. Die Konsolidierung des Haushaltes darf auf keinen Fall auf Kosten von Zukunftsinvestitionen gehen. Doch seit Jahren sinken die öffentlichen Investitionen und somit die Chancen auf eine intakte Verkehrsinfrastruktur, moderne Schulen und Hochschulen, eine ausgebaute öffentliche Kinderbetreuung, innovative Forschung und eine gesunde Umwelt.

Die Landesregierung in NRW widersetzt sich diesem Trend. Sie unterstützt die finanziell notleidenden Kommunen, baut die Kindertagesbetreuung aus und führt ein gebührenfreies Kita-Jahr ein. Und mit der Abschaffung der Studiengebühren

wurde eine entscheidende Hürde zum Hochschulstudium beseitigt.

Unterstützenswert ist die Aussage unserer Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: „Der Grundsatz, Vorsorge ist besser als Nachsorge, ist richtig und muss dringend in praktische Politik umgesetzt werden.“ Mit den im Haushalt 2011 vorgesehenen

1,1 Milliarden Euro für Bildung und Kinder geht die Landesregierung wichtige Schritte in diese Richtung. Investitionen in die frühe Förderung von Kindern aus sozial

schwachen Familien, mehr Betreuungsplätze und eine höhere Abiturientenquote könnten einer, von der Nordrheinwestfälischen Landesregierung beim Forschungsinstitut Prognos in Auftrag gegebenen Studie zufolge, Sozialausgaben

in Milliardenhöhe vermeiden. Wir NRW Jusos müssen die SPD immer weiter auffordern in unsere Zukunft zu investieren, hin zu einer gerechten Gesellschaft, Sozial- und Bildungspolitik.

Alexandra Wend (24) wohnt in Bielefeld und studiert dort Jura. Sie ist Mitglied des Lavos und betreut der AK „Sozialstaat gerecht!“ und das Gleichstellungsteam.

### Alexandra Wend

|  |  |
| --- | --- |
| http://www.nrwjusos.de/img20/px_trans.gif | http://www.nrwjusos.de/db/img/cached/2010_9_21_10_18_24_96826_71.jpg |
|  | [http://www.nrwjusos.de/img/lupe.gif](http://www.nrwjusos.de/picture/17532/257671/index.html)Alexandra Wend |

# Unterbezirk: aktiv bei den Jusos Bielefeld Berufliche Situation: studiert Jura in BielefeldJahrgang: 1986Arbeitskreis: Sozialstaat gerecht!Ansprechpartnerin für die Regio Ostwestfalen-LippeVorsitzender 60plus



**Gerhard Kompe**

**Privat-Adresse**
Rindenstr. 8
44265 Dortmund
[Karte bei Google Maps zeigen »](http://maps.google.com/maps?f=q&hl=de&q=Rindenstr.%208,44265%20Dortmund,Deutschland&om=1)
Telefon: 0231 / 467178
[E-Mail senden »](http://www.nrwspd.de/kontakt/5/93196/index.html)